Vorsicht Prognose !

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Praxis der Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung und dem daraus abgeleiteten Bedarf an Wohnungen, Infrastruktur, Kinderbetreuung, Schulen, Fachkräften, Mitarbeitern uvm.

von Peter H. Kramer

Die nachfolgenden Ausführungen entstanden vor dem Hintergrund und auf Basis meiner zahlreichen systemwissenschaftlichen Untersuchungen zur Bevölkerungs-, Wohnungsbestands- und Gemeinbedarfsentwicklungen von Städten und Gemeinden im Laufe der zurückliegenden Jahrzehnte als unabhängiger, freiberuflicher Stadtentwickler.

Auf meiner Homepage bevoelkerungsprognose.de hatte ich von 2000 bis Anfang 2018 die übliche Vorgehensweise und Methode bei der Erstellung von Bevölkerungsprognosen differenziert dargestellt und schrittweise Punkt für Punkt schlüssig widerlegt. Ziel war es, dieses Vorgehen zu beenden. Aber das genaue Gegenteil geschah. Meine Ausführungen wurden als Handlungsanweisung bzw. Blaupause von Studenten, Doktoranden, Professoren, Referenten, Sachbearbeitern in Bund, Länder und Kommunen, Planungsbüros, Institutionen und Unternehmen stets ohne Nennung der Urheberschaft bzw. Quelle genutzt, um mit dieser erheblich mangelhaften Methode eigene Prognosen zu erstellen. Das geht weit über das gewöhnliche Copy-&-Paste hinaus. Um diesen Missbrauch und Betrug zu unterbinden, habe ich diese Erläuterungen Anfang 2018 nach fast 20 Jahren gelöscht.

Im Nachfolgenden setze ich mich zunächst grundsätzlich mit der gängigen Methode bei der Erstellung von Prognosen und deren Aussagekraft bzw. Intension auseinander. Anschließend erläutere ich die systemwissenschaftliche und die demokratischen Grundsätze beachtende eigene Methode zur gleichen Fragestellungen.

Prognosen und ihre fatalen Folgen

Prognose (gr.--lat. prognosis „das Vorherwissen“)... Vorhersage der zukünftigen Entwicklung. So lautet die Definition dieses Begriffes. Im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich ist es durchaus möglich, die weitere Entwicklung zu ermitteln. Vor allem im gesellschaftlichen Kontext insbesondere in Demokratien ist dies jedoch nicht möglich. Hier gibt es immer verschiedene Möglichkeiten. Das Ergebnis einer Diskussion und Entscheidungsfindung ist nicht vorhersehbar. Dies darf durch eine Prognose nicht determiniert und sollte damit auch niemals gezielt manipuliert werden.

Wozu brauchen wir eigentlich Prognosen? Wenn ich einfach in den Tag hineinlebe oder mich treiben lasse, muss bzw. sollte ich besser nicht wissen, was als nächstes passiert. Ich könnte ja ohnehin schon morgen sterben, was dann allerdings auch wahrscheinlicher wird. Jeder der Verantwortung für sich, seine Mitmenschen oder die Nachfolgenden übernimmt oder die Lebensumstände verbessern möchte, sollte die Probleme und Herausforderungen sowie alle Handlungsmöglichkeiten *und* deren Folgen kennen. Je früher Probleme erkannt werden, desto einfacher ist es, sie zu lösen (z.B. Wohnungsbau, Migration, Pandemien). Vieles braucht Zeit, etwa Infrastrukturmaßnahmen oder die Ausbildung von Personal (Lehrer, Pflegekräfte usw.). Hier sollte frühzeitig gehandelt werden. Viele Investitionen insbesondere in die Infrastruktur sollten auch noch langfristig nutzvoll sein und man sollte sie dann erstellen, wenn die Umstände (Anbieter, Preise) günstig sind, d.h. wenn kein akuter Handlungsdruck besteht.

Genaue Vorhersagen zukünftiger Ereignisse oder Entwicklungen im sozialen und gesellschaftlichen Kontext setzen voraus, dass die Handlungen wichtiger Akteure bekannt und diese nach bestimmten, unveränderlichen Regeln ablaufen würden. Fast ausnahmslos kommt dieser deterministische Ansatz bei Prognosen in Anwendung. Weit verbreitet, aber auch sehr umstritten, ist das Konzept des nach einem ökonomischen Kalkül handelnden Menschen (siehe wirtschaftsnahe Institute). Dem früheren Demografiemonitor der Bertelsmannstiftung folgend, bekommen Frauen mehr Kinder, wenn sich dies für sie „*rechnet*“. Dieses Verhalten wird häufig unterstellt, nicht weil es wissenschaftlich besonders gut abgesichert ist, sondern weil es am ehesten den Erfordernissen und Regeln der Ökonomie und seiner Profiteure entspricht. In dieser Vorstellung (oder Welt) sind die Regeln und das Ziel des menschlichen Verhaltens gegeben (Behaviorismus). Handeln die Akteure dieser Vorstellung entsprechend, so tritt die prognostizierte Entwicklung tatsächlich ein. Das Verhaltensmodell und seine Intension wird dann nicht mehr hinterfragt. Der Akteur

kann so vom Prognostiker zu einer bestimmten Wahrnehmung und letztendlich zu einem ganz bestimmten Handeln verleitet werden. Dabei ist es unerheblich, ob hier von einem rational-ökonomischen oder etwa einem mystisch-religiösen Verhaltensmodell ausgegangen wird. Prognosen und Vorhersagen determinieren seit Jahrtausenden unsere Wahrnehmung und unser Verhalten. Sie dienten schon immer dazu, Macht über andere Menschen zu haben.

Im sozialen und gesellschaftlichen Kontext sind Aussagen zu zukünftigen Ereignissen oder Entwicklungen nur dann möglich, wenn die Ausgangslage, die Wirkungszusammenhänge und die ablaufenden Prozesse genau erfasst und berücksichtigt werden. Mit deren exakten, strukturgültigen Beschreibung würden die Machtverhältnisse, Diskriminierungen, Manipulationen oder der generelle Missbrauch ersichtlich und operativ. Je oberflächlicher die Betrachtung bleibt, desto einfacher lassen sich die tatsächlichen Verhältnisse verschleiern. Prognosen schreiben weit überwiegend lediglich die oberflächlich beobachteten Phänomene fort. Sie setzen sich nicht mit der Komplexität und Widersprüchlichkeit der realen Welt auseinander. Die Prognosen erzeugen eine Scheingenauigkeit, da man alles rechnerisch nachvollziehen kann. Konflikte oder gar Schuldzuweisungen werden so vermieden. Aufgrund dieser willkürlichen Vorgehensweise bzw. der extremen Komplexreduktionen auf die phänomenologisch höchste Ebene können die Prognosen zudem leicht im Eigeninteresse des Prognostikers bzw. des Auftraggebers manipuliert werden. Häufig wird die bisherige Entwicklung in die Zukunft fortgeschrieben, soweit es sich dabei um Bedingungen handelt, von denen man bisher profitierte. Wenn nicht, ändert man halt den Bezugsrahmen. Neben der Fortschreibung wird auch hier gerne mal adaptiert. Man sucht sich gefällige Beispiele aus und überträgt sie auf den eigenen Fall. Fortschreibungen oberflächlich beobachteter Phänomene und Adaptionen sind absolut willkürlich und erzeugen beliebige bzw. die gewollten Ergebnisse.

Prognosen legitimieren die gegebenen Verhältnisse und begründen die schon vorher festgelegten Maßnahmen bzw. Entscheidungen. Da die Maßnahmen bzw. Handlungsempfehlungen aus den Prognosen unmittelbar abgeleitet werden, braucht ihre Wirksamkeit dann auch nicht weiter überprüft zu werden. „*Damit liegen sie immer richtig.*“ Kaum jemand käme auf die Idee, die Wirksamkeit einer Reaktion überprüfen zu wollen. Um die Unvermeidbarkeit einer Reaktion und die damit einhergehende Ohnmacht ertragen zu können, wird dann Solidarität eingeübt bzw. inszeniert (Konsense, Runde Tische, moderierte Workshops, Informationsveranstaltung usw.) und der politische Gestaltungswille wird auf die eher bedeutungslose Ausgestaltung der Maßnahmen gelenkt.

Grundlage der vorliegenden Bevölkerungsprognosen der Bertelsmannstiftung, der statistischen Landesämter usw. ist eine extreme Komplexreduktion. Damit brauchen die politischen Steuerungsmöglichkeiten gar nicht erst dargestellt bzw. können gänzlich ignoriert werden. Begünstigt wurde dies durch den geringen wissenschaftlichen Entwicklungsstand in der Demographie, insbesondere dem geringen Erkenntnisstand zu den Ursachen der beobachteten Phänomene. In Deutschland gibt es nur sehr wenige grundlegende sozialwissenschaftliche Studien im Bereich der Demographie. Einige Themen wurden fast gar nicht erforscht (u.a. Väter). Es gibt aber unzählige wissenschaftlichen Grundsätzen kaum genügende Auswertungen statistischer Daten. Statistik ist aber immer retrospektiv. Sie kann keine Wirkungszusammenhänge oder gar ablaufende Prozesse beschreiben oder gar erklären. Aus der Not behalf man sich, wie schon vor 100 Jahren, mit der Fortschreibung der Vergangenheit (siehe KBV, Bielefelder Modell, Bertelsmannstiftung, Berliner-Institut für Bevölkerung, N-Bank, Hessen-Agentur uvm.). Prognosen werden mehrheitlich von Statistikern erstellt, gelegentlich mit Hilfe von Mathematikern obwohl hier Schulwissen völlig ausreicht, macht aber mächtig Eindruck und dann traut sich auch keiner mal nachzufragen (man könnte sich ja blamieren). Statistiker sind mit der Erfassung von Daten beschäftigt. Ihnen fehlt das spezifische Fachwissen und das Verständnis über komplexe Systeme. In komplexen Systemen sind die Beziehungen zwischen den Elementen wichtiger als die von den Statistikern klassifizierten und gezählten Elemente selber.

Diese Bevölkerungsprognosen sind auf dem technischen, politischen und gesellschaftlichen Stand von vor 100 Jahren. Das ist aber kein Einzelfall. Dilettantische oder manipulative mathematische Modell gibt es massenhaft, von der Finanzwirtschaft bis hin zum Sozialwesen. Die Kollegin Cathy O'Neal[1] nennt diese treffend „*Weapon of Math Destruction*" (WMD). Gelegentlich wird auch von toxischen Modellen gesprochen.

Diese Prognosen sind für Problemlösungen und für gesellschaftliche Reformen bei sich verändernden Bedingungen ungeeignet. Unterstellt, der Prognostiker würde sich tatsächlich um Erkenntnis und Neutralität bemühen, so bleibt festzustellen, dass sich aus Prognosen keine verwertbaren Aussagen ableiten lassen, da sie gerade die Dinge fortschreiben, die es zu verändern gilt. Beispielsweise wird aufgrund der Bevölkerungsprognosen auf das Problem der staatlichen Rente im Jahr 2070 hingewiesen, deren Regeln Ende des 19. Jahrhunderts zur Beschwichtigung der

1 Cathy O'Neil: Weapon of Math Destruction. How Big Data Increases Inequality an Threatens Democracy" New York 2016
deutsch: Angriff der Algorithmen – Wie sie Wahlen manipulieren, Berufschancen zerstören und unsere Gesundheit gefährden. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) Schriftenreihe Band 10209, Bonn 2018

sozialen Bewegungen implementiert wurde. Diese Regeln werden für unveränderlich erklärt - bis zum jüngsten Tag. Alle Gesetze und Organisationsstrukturen wurden in der Vergangenheit entwickelt und basieren auf der damaligen Wahrnehmung, Machtverhältnissen und Wertvorstellungen. Dies steht im Widerspruch zum Anspruch einer Prognose, Aussagen zur zukünftigen Entwicklung treffen zu wollen. Dazu gehören eben auch unsere Wahrnehmung, informellen Umgangsformen, Gesetze und Organisationsstrukturen usw.. Gerade sie müssen aber hinterfragt werden, wenn man sich auf geänderte Umwelt- und Rahmenbedingungen einstellen muss oder wenn man die Zukunft aktiv und bewusst gestalten will. Prognosen verhindern einen Lernprozess und die politische Meinungsbildung. Prognosen behaupten was geschehen wird, das und wie darauf zu reagieren ist. Sie widersprechen somit elementaren, demokratischen Grundsätzen.

Die vorliegenden Bevölkerungsprognosen und Vorausberechnungen sind strukturkonservierend und reaktionär. Sie sind für die demokratische Gestaltung eines Landes oder einer Kommune nicht nur völlig ungeeignet sondern auch destruktiv.

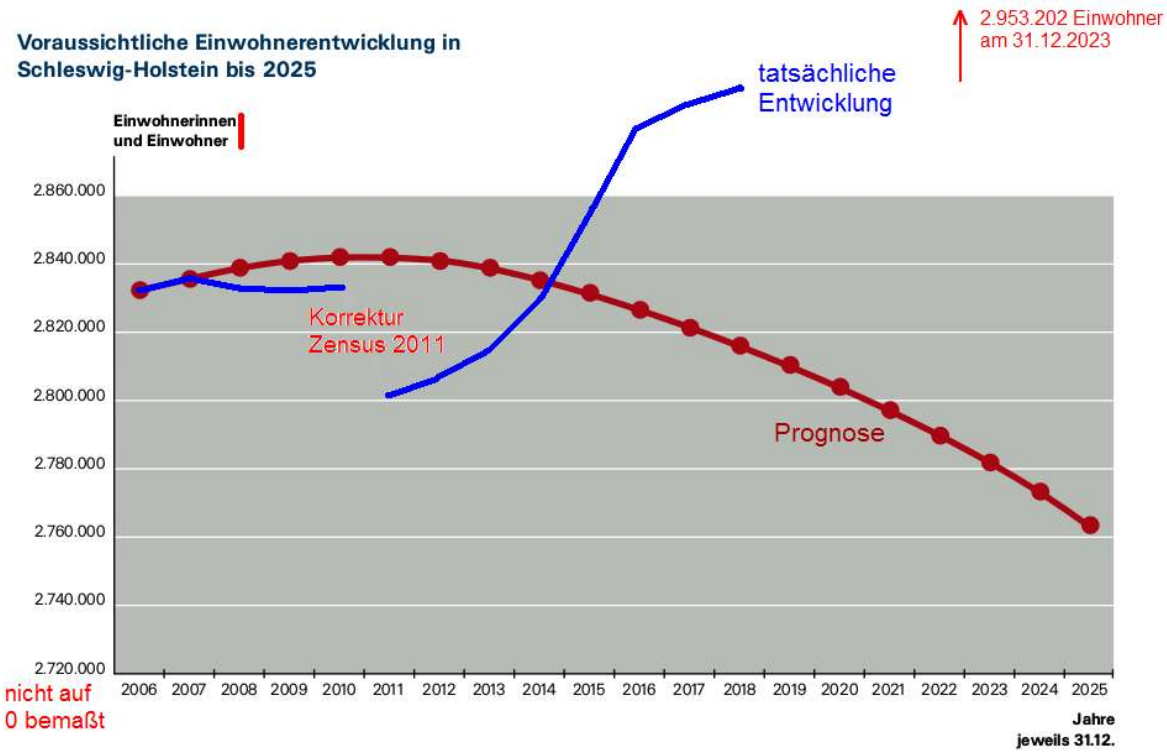


Abbildung 1: Voraussichtliche Einwohnerentwicklung in Schleswig-Holstein bis 2025
Quelle: Statistischer Bericht A I 8-2007 S, Statistikamt Nord

aus: Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010, Seite 14
tatsächliche Entwicklung blaue Linie (Quelle StBA)
textliche Ergänzungen in rot

Bei der amtlichen koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (KBV) der statistischen Landesämter handelt es sich darüber hinaus um sehr einfache Modellrechnungen. Die Beschreibung dieses hochkomplexen dynamischen gesellschaftlichen Systems passt bei der KBV auf eine DIN-A4-Seite. Der Begriff „*amtlich*“ suggeriert lediglich eine gesetzliche oder normative Aussagekraft. Tatsächlich handelt es sich aber um Aussagen einer lediglich als Amt bezeichneten Einrichtung. Statistische Ämter sind mit der Datenerfassung und Datenaufbereitung beauftragt. Der Zusatz „*koordiniert*“ bezieht sich auf den Umstand, dass die statistischen Ämter ihr Vorgehen bzw. ihre Methode untereinander abgesprochen haben (koordinieren). Es bestehen berechtigte Zweifel, ob es sich dabei noch um eine Datenaufbereitung handelt als Teil ihrer Aufgabenbeschreibung oder um eine gezielte politische Einflussnahme. Auch für andere Bereiche könnten sie mit der gleichen Methode Prognosen erstellen: Steuern, Preise, Lohnabschlüsse, Wahlergebnisse, landwirtschaftliche Erträge, Hochschulabschlüsse, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Todesursachen - letztlich alles was statistisch erfasst und sich im Laufe der Zeit beobachtbar verändert. Daran müssen sich dann alle Betroffenen halten, denn das ist ja schließlich „*amtlich*“.

Die statischen Ämter der Länder und des Bundes, Stiftungen, Institute usw. beanspruchen im Wettbewerb, die zukünftige Bevölkerungsentwicklung genauestens zu prognostizieren. Die Vorgehensweise variiert allerdings kaum. So wird eine scheinbare Vielfalt suggeriert. Alle schreiben die oberflächlichst betrachteten Phänomene auf Basis der jüngsten Vergangenheit fort. Der Bezugszeitraum umfasst nur wenige Jahre. Meistens sind dies die letzten drei vorliegenden Berichtsjahre der Statistiken. D.h. es wird davon ausgegangen, dass sich alle Ereignisse dieses willkürlich ausgewählten Zeitraumes in den nachfolgenden 20 oder 50 Jahren fortwährend wiederholen. Dabei werden die nicht weiter differenzierten Bevölkerungsbewegungen im Durchschnitt dieser Jahre fortgeschrieben. Fortschreibungen auf Basis von Durchschnittswerten sind bei komplexen Systemen zunächst grundsätzlich gar nicht möglich. So kann der gleiche Durchschnittswert bei einer ansteigenden, rückläufigen oder schwingenden Entwicklung erreicht werden. Die Entwicklung im Referenzzeitraum kann durch ein singuläres Ereignis beeinflusst worden sein, sie kann eine zeitlich begrenzte Ursache haben, die Wirkung kann nicht linear sein usw.. Die Ursachen für die bisherige Bevölkerungsentwicklung werden bei diesen Prognosen nicht untersucht. Wissenschaftliche Erkenntnisse zum demographischen Verhalten werden nicht beachtet und berücksichtigt. Die Mitwettbewerber reichern sie aber ebenso willkürlich mit anderen Einflussfaktoren an, je nachdem was gerade angesagtes Thema ist oder wo sie meinen sich profilieren zu können und zu sollen. So lassen sich noch weitaus leichter die

gewünschten Ergebnisse generieren. Was hier als Wettbewerb erscheint, dient tatsächlich der Verschleierung der Manipulation und darin sind sich die Mitwettbewerber durchaus einig.

Diese extrem rudimentären Modelle der Wirklichkeit (Hyperkomplexreduktion) haben dann auch zur Folge, dass die Einflussmöglichkeiten und die Folgen politischen Handelns nicht erkannt und beschrieben werden. Den Verantwortlichen bleibt so nur die Möglichkeit, auf die Aussagen des Prognostikers zu reagieren.

Die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung weicht von der so prognostizierten chaotisch und in der Höhe erheblich ab, in den Städten und Gemeinden und in den relevanten Altersgruppen um bis zu ±50%. Probleme werden so nicht rechtzeitig identifiziert und Steuerungsmöglichkeiten nicht erkannt. Mehr noch, sehr häufig sind die Prognosen selber ursächlich für die Probleme, etwa wenn eine Kommune mit einem unerkannten hohen Entwicklungspotenzial sich selbst abwickelt, da ihr ein massiver Bevölkerungsrückgang prognostiziert wurde. Hierbei handelt sich um negativ wirkende Feedback-Schleifen (selbstverstärkende Rückkoppelung) und um selbsterfüllende Prophezeiungen. Ich nenne dies Gemeinden im „Suizidalmodus des demographischen Wandels“. Andere Städte bemühen sich vergeblich ein prognostiziertes Bevölkerungswachstum zu ermöglichen, obwohl sie gar nicht über die erforderlichen Ressourcen verfügen. Ich nenne das „Overbooming“, besonders häufig in Südhessen. Vor allem ausgelöst durch Babyboom und Pillenknick gibt es bei der Bevölkerungsentwicklung nachfolgend häufig starke zyklische Bewegungen. Je nachdem welcher Moment dieser fortwährenden Berg- und Talfahrt in den Prognosen fortgeschrieben wird, kommt mal ein Bevölkerungswachstum, eine Stagnation oder ein Bevölkerungsrückgang zu Stande. Das ist natürlich nur ein winziger Einblick in die ablaufenden Prozesse dieses komplexen Systems. Wobei auch die Prognosen und ihre Folgen auf die Wahrnehmung, Verhalten, Maßnahmen und Regelungen ein unlösbarer Bestandteil des zu analysierenden Systems sind und das muss immer dargestellt werden.

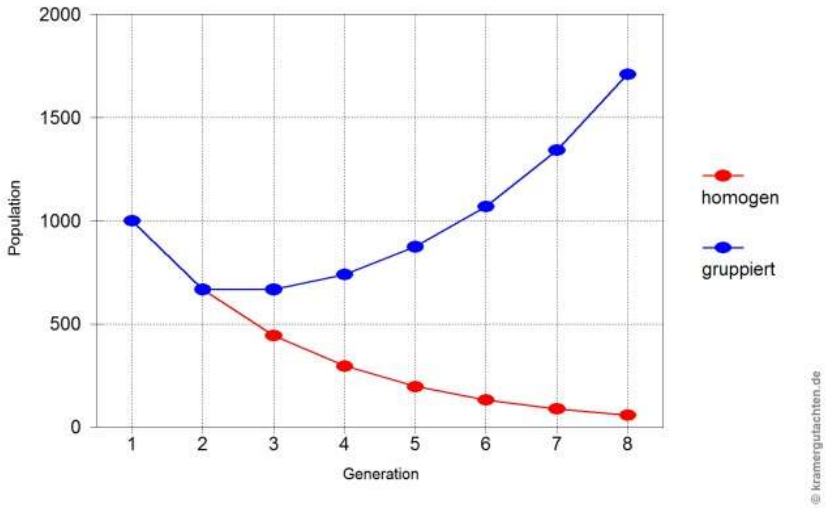
Geburtenrate aus: Die Rheinpfalz vom 5.2.2019

Kinder pro gebärfähiger Person; bis einschließlich 2017: reale Zahlen; ab 2018: Prognose

Grafik: juni • Quelle: Landesamt für Statistik • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Innenstaatssekretär Randolf Stich (SPD) sagte, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssten auf die anstehenden Veränderungen reagieren. Dann könne der demografische Wandel als Chance gesehen werden. | dpa

Reproduktion Bevölkerung



Kleiner einfach gehaltener Exkurs *zu der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffer (Reproduktionsrate): Die Berechnung der Geburtenzahlen erfolgt i.d.R. mit der sog. Fruchtbarkeitsziffer. Sie gibt an, wie viele Kinder eine Frau um Laufe ihres Lebens bekommt. Dieser Durchschnittswert liegt derzeit etwa 1,4. Damit die Population gleich bleibt, müsste sie bei etwas mehr als 2 liegen. D.h. die Population geht von Generation zu Generation um ein Drittel zurück. Das ist aber nur dann der Fall, wenn alle Frauen in etwa 1,4 Kinder bekommen. Wir wissen aber, dass einige gar keine Kinder und andere deutlich mehr Kinder bekommen und dass dieses Verhalten an die nachfolgende Generation häufig weiter gereicht wird. Dazu eine Modellrechnung: Zur besseren Veranschaulichung gehen wird zunächst mal von 1000 Einwohnern aus. Mit der Fruchtbarkeitsziffer von 1,4 für alle geht die Zahl der Einwohner zunächst rasch zurück und schwächt sich dabei langsam ab (rote Linie). Nach sechs Generationen sind es bereits weniger als 100 Einwohner. Die 1,4 kann aber auch anders zustande kommen. Etwa wenn ein Fünftel der Bevölkerung keine Kinder bekommt, ein Fünftel nur halb so viele, usw. bis zu einem Fünftel bei dem sie doppelt so viele Kinder bekommen wie im Durchschnitt. Auch daraus errechnet sich eine Fruchtbarkeitsziffer von 1,4. Das bleibt dies so in den nachfolgenden Generationen. Hier geht die Zahl der Einwohner zunächst ebenso stark zurück wie bei einer gleichen Verteilung der Fruchtbarkeitsszziffer auf alle Einwohner. Danach steigt die Zahl der Einwohner jedoch exponentiell an und hat sich nach sieben Generationen fast schon verdoppelt (blaue Linie). Alle offiziellen Bevölkerungsprognosen gehen davon aus, dass es in der gesamten Bevölkerung nur eine geringe bzw. gar keine Abweichung von der durchschnittlichen Fruchtbarkeitsziffer gibt. Also sind sie alle Prognosen allein deshalb falsch. Ergänzend ist noch darauf hinzuweisen, dass im zweiten Beispiel die Fruchtbarkeitsziffer ansteigt, etwa so wie dies derzeit zu beobachten ist. Lineare Fortschreibungen der Fruchtbarkeitsziffern (siehe Beispiel aus Rheinland-Pfalz) gibt es tatsächlich gar nicht. Das hat übrigens etwas mit dem sog. K-Wert zu tun, der im Rahmen der Corona-Pandemie gelegentlich thematisiert wurde.*

Die Prognosen bzw. Vorausberechnungen sind offensichtlich falsch. In diesen Fällen stellt sich stets die Frage nach dem Sinn dieser Prognosen und was damit eigentlich erreicht werden soll. Zunächst entfalten diese Prognosen einen normativen Charakter. Es wird richtig gerechnet. Sie geben sich amtlich. Sie werden protegiert (u.a. von Kommunalverbänden und der Presse). Weil diese Prognosen nur die augenblicklich wahrgenommene Entwicklung fortschreiben, erscheinen die Veränderungen, die sie beschreiben, vertraut und glaubwürdig. Da die Forderungen bzw. Empfehlungen aus den Prognosen unmittelbar abgeleitet werden, braucht deren Wirkung gar nicht mehr überprüft zu werden. Damit liegen Akteure, die diese Entscheidungen und Maßnahmen zu vertreten haben bzw. vorzuschlagen haben, immer richtig. Besonders Mitarbeiter/innen in Administrationen mögen diese (Bedarfs-)Prognosen. Sie geben ihnen Sicherheit („*Sagen Sie uns, was wir tun sollen.*"), Konflikte werden vermieden weil alles oberflächlich bleibt, kriegt man keinen Ärger mit den übergeordneten Stellen und man bleibt im gewohnten Regelwerk, ohne dies und damit sein eigenes Verhalten und deren Konsequenzen hinterfragen zu müssen. Die unfähigen und erfolglosen Absteiger können sich so leicht als „Opfer" der Umstände inszenieren und Kritiker als „Querulanten" und „Wutbürger" diffamiert werden. Das führt zu Phlegmatismus, schwächt die kommunale Selbstverwaltung und gefährdet letztendlich die Demokratie. Dazu Daniele Giglioli[2]: *„Dem Opfer stellt man keine Fragen. Vom Opfer verlangt man Zeugnis, aber keine Rechenschaft. Das Opfer ist unanfechtbar. Der Opferstatus vermittelt Prestige, diszipliniert die Aufmerksamkeit, schafft Anerkennung, befreit von Widersprüchen. Das Opfer handelt nicht, es erleidet nur und trägt keine Verantwortung: Es ist unschuldig per definitionem. Ist nicht genau das, zu jeder Zeit und an jedem Ort, der Traum der Macht?"* Positiv wahrgenommene Prognosen liefern den Wachstumsfetischisten die Steilvorlagen. „*Die amtliche Prognose / die Bertelsmannstiftung sagt ..., daher müssen wir..."* Was letztendlich damit politisch erreicht werden soll, welche politischen, sozialen, wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen das hat und ob es dafür überhaupt ausreichende Ressourcen gibt, wird nicht beachtet. Infolgedessen sind viele Städte und Gemeinden gerade in den prosperierenden Regionen mit hohen Wachstumsprognosen praktisch pleite und somit wiederum ein unschuldiges Opfer der Umstände.

In diesem Zusammenhang muss auch die Kampagne zum so genannten „demographischen Wandel" gesehen werden. Jeder, der sich mit dem Thema Demographie inhaltlich auseinander setzt, wird rasch feststellen, dass die vorliegenden Bevölkerungsprognosen bzw. Vorausberechnungen so gar nicht stimmen können und dass die demographische Entwicklung durch politische

2 Daniele Giglioli. Die Opferfalle. Wie die Vergangenheit die Zukunft fesselt. Berlin 2015

Entscheidungen maßgeblich beeinflusst und bei entsprechender Kenntnis auch gesteuert werden könnte. Um so bemerkenswerter der Umstand, dass einige der selbsternannten Propheten des „demographischen Wandels“ diese Prognosen vorbehaltlos zur Grundlage ihrer Präsentationen im Stil von Lehramtsproben machen und daraus unabdingbare „Empfehlungen“ ableiten. Ältere Bürger mit der Erfahrung der Rohrstockpädagogik sind damit leicht zu beeindrucken (sie überwiegen in diesen Veranstaltungen). Wenn die Propagandisten sich verantwortungsbewusst mit der demographischen Entwicklung auseinander gesetzt hätten, müssten sie es besser wissen. Tatsächlich verfolgen sie dabei häufig ganz eigene Interessen (Aufträge, Anerkennung, Posten, üppige Honorare). Mit den Prognosen wird ihnen kostenlos ein ideales Instrument für ihre Selbstdarstellung bzw. Manipulationen geliefert, einschließlich der Bühne und eines willfährigen Auditoriums.

Niedersachsen kippt nach Westen

In den nächsten Jahren kommt es zu erheblichen Bevölkerungsbewegungen

Professor Hans-Ulrich Jung vom Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung (NIW) stellt nüchtern fest:

TAH vom 21.10.2003

● **Großstädte bluten aus:** Hannover und Braunschweig verlieren, ihre Umgebung allerdings gewinnt. Die Städte hätten versäumt, meint Jung, frühzeitig attraktive Wohngebiete für einkommensstärkere Schichten zu schaffen.

● **Schrumpfen tut Not:** Der Städte- und Gemeindebund gibt Tipps: Wer heute einen Kindergarten baut, sollte sich überlegen, wie man diesen in einigen Jahren in ein Altenheim umwandeln kann.

Die Forderungen wie die Kommunen auf den „demographischen Wandel“ zu reagieren haben, werden von außen an sie heran getragen. Sie basieren nicht auf einer Analyse der tatsächlichen, individuellen Lage und eigenständigen Einschätzung der jeweiligen Kommune und ihrer legitimierten Vertreter. Auch viele der so genannten „runden Tische“, Arbeitskreise usw. zum „demographischen Wandel“ sind vor diesem Hintergrund zu hinterfragen. Fakt ist, dass die Teilnehmer die Situation nur aus ihrer augenblicklich wahrgenommenen Situation heraus einschätzen können und auch nur so gut, wie sie über die wahre Lage informiert wurden. Hier haben die sog. sozialen Medien (facebook und co.) sowie die Stiftungen und „Institutionen“ einen starken meinungsprägenden Einfluss. Stephan Russ-Mohl hat dies erst kürzlich ausführlich dargestellt[3]. Auch die Suchmaschinen (google und co.) erzeugen die hinlänglich bekannten Echokammern (man kriegt nur das angezeigt bzw. selektiert, was man mag). Wer in einer Administration im Internet nach Infos zu Prognosen sucht, bekommt nur die Amtlichen oder die der Stiftung angezeigt, bzw. der „anerkannten Experten“. Die Suchmaschinen „wissen“, wer da

3 Stephan Russ-Mohl: Die informierte Gesellschaft und ihre Feinde. Warum die Digitalisierung unsere Demokratie gefährdet. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Band 10236. Bonn 2018

sucht und weisen hier Informationen zu. Sie wurden simpel nach dem Grundprinzip der Ähnlichkeit so programmiert. Das ist politische Einflussnahme und in der Wirkung praktizierte Zensur. Auch die schlagzeilaffinen Stiftungen, allen voran die Bertelsmannstiftung, sind meinungsprägend. Sie bestimmen was auf die Tagesordnung kommt. Was sie dann als wertneutrale eigene Studien darstellen, ist häufig nichts weiter als die einseitige, oberflächliche Interpretieren der Arbeiten und Ergebnisse anderer oder von ihnen „erwählter Fachleute“. Das Leistungsniveau ist in Deutschland so niedrig und der öffentliche wissenschaftliche Diskurs so rudimentär, dass man hierzulande für jede Aussage eine „wissenschaftliche Meinung“ findet (Stichwort: Feinstaub). Zunehmend sind die Prognosen und ihre Ableitungen ein strategisch-operativer Teil der unternehmerischen Tätigkeit, um nach eigenen Angaben Absatzmärkte für ihre neuen „kreativen“ Produkte vorzubereiten und um die Wahrnehmung, Wert- und Meinungsbildung der Nutzer darauf manipulativ zu „trainieren“, modernes Marketing halt. Am leichtesten geht das, wenn man mit den Kindern anfängt (Stichwort: frühkindliche digitale Bildung). Der wissenschaftliche Diskurs wird hier vorsätzlich ausgeklammert. Bertelsmann und Co besitzen die Fachverlage und sie entscheiden was veröffentlicht wird. Aus nachvollziehbarer Existenzangst oder falsch verstandener Solidarität lobpreisen viele Journalisten Bertelsmann und Co (die Schere im Kopf). Weiterführende, unabhängige und kostenverursachende Forschung wird so scheinbar entbehrlich. Von dem was zukünftig geschehen könnte, wissen die Teilnehmer dieser Workshops und „runden Tische“ in der Regel nur das, was ihnen als Prognose mehr oder weniger naiv aufgetischt wurde, um im Bild zu bleiben. Ihre Unwissenheit kann dann zur Durchsetzung von politischen, privaten oder geschäftlichen Interessen leicht ausgenutzt werden. Auch das ist eine Form des Populismus. Mit einem demokratischen Meinungs- oder Willensbildungsprozess hat das dann nichts mehr zu tun. Diese Workshops zum „demographischen Wandel“ führen dann auch mal dazu, dass die Teilnehmer einer im Niedergang befindlichen Gemeinde mit massiven Strukturproblemen im früheren Zonenrandgebiet die gleichen Maßnahmen „finden“ wie die einer Gemeinde im prosperierenden geburtenstarken Münsterland. Die gut vernetzten „Moderatoren“ und Teilnehmer dieser Veranstaltungen sind Victims of Groupthink, Gefangene eines gemeinsamen Denkens, wie es typischerweise in geschlossenen Gruppen entsteht. Planer (SRL), Moderatoren und Berater, insbesondere die „Demographieberater“ (DGD u.a.) sind auch formal bestens organisiert. Bis vor kurzen wurde dies noch als Vetternwirtschaft, Speziwirtschaft oder Seilschaften kritisiert. Heute wird dies auch Dank der sog. sozialen Medien als soziale Netzwerke gelobpreist. Um teilnehmen zu können, ist man heute gezwungen sich deren Bedingungen zu unterwerfen.

„Wann wandeln wir Kindergärten in Seniorenheime um?“

Workshop zur demographischen Entwicklung Südniedersachsens gestern in Stadtoldendorf

Stadtoldendorf. Im Gespräch (von links): Ministerialdirigent Binnewies, Professorin Ruth Rohr-Zänker, Rüdiger Reyhn und Samtgemeindebürgermeister Dietmar Rauls. Foto: nig

TAH vom 25.11.2003

Stadtoldendorf (nig). „Die Frage ist, wann wandeln wir Kindergärten in Seniorenheime um.“ Etwas überspitzt findet Ministerialdirigent Henning Binnewies seine eigene Aussage schon.

Wie Kreise und Gemeinden mit dieser Entwicklung umgehen können, sollte nun bei dem Workshop, zu der das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (IES) Hannover und der Regionalverband Südniedersachsen, erörtert werden.

„Jetzt brauchen die Politiker den Mut für Entscheidungen, die vor ein paar Jahren noch unpopulär waren“, findet Dr. Rohr-Zänker. Dazu gehöre zum Beispiel auch, sich über tatsächlich benötigte Schul- und Kindergartenplätze Gedanken zu machen.

Das Bayerische Landesamt für Statistik berechnete 2002 für 2020 12 Millionen Einwohner im Freistaat. Tatsächlich waren es am 31.12.2020 13.140.183. Man kam zum Schluss: „Während also bei den Einrichtungen für Erziehung und Bildung werder nachfragebedingte Engpässe zu erwarten sind noch Einrichtungen leer stehen werden, ... “ Für die Region um München wurde ein besonders starker Bevölkerungsrückgang prognostiziert, in Oberfranken könnten bis 2020 75 Kindergärten geschlossen werden (Quelle: Geographie aktuell 1/2002).

Das Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik der Uni Bielefeld (Prof. Dr. H. Birg) erstellte 2003 eine Vorausberechnung der zukünftigen Haushalts- und Bevölkerungsstruktur in Bielefeld bis 2050. Es wurde ein Rückgang der Bevölkerungszahl und der Haushalte prognostiziert mit einem massiv drohenden Wohnungsleerstand. Tatsächlich waren es schon 2020 mehr Einwohner und erheblich mehr Haushalte als in der oberen, maximal erwartenden Entwicklung.

Das NLS (Prof. Eichhorn und Dr.) erläuterte 2004 die Ergebnisse seiner 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Man kam zum Schluss, dass sich in 41 Kommunen (davon einige an der Küste) der Bevölkerungsrückgang beschleunigen wird. „Zunächst müssen Kindergärten, sodann Grundschulen geschlossen werden.“ (Quelle: Statistische Monatshefte Niedersachsen Nr.8 2004)

Das NIW (Prof. Dr. Thomsen) hatte etwa 2011 eine „Bevölkerungsvorausberechnung 2025 für den Landkreis Stade“ erstellt. Von 2012 bis 2025 würde sich demnach die Bevölkerungszahl dort nur um 1,6% leicht ansteigen und es gäbe einen Rückgang von Kindern und Jugendlichen. Tatsächlich stieg die Zahl der Einwohner bis zum 31.12.2024 um 6,1% an und die Zahl der 6- bis unter 10-Jährigen nahm bis 2023 um 13% zu.

Diese zufällig ausgewählten Beispiele sollten genügen. Die Prognosen und die daraus abgeleiteten Forderungen sind offensichtlich falsch. Wen interessiert das

dann noch ? Die Prognosen und Vorausberechnungen werden zur Legitimation und Durchsetzung von Partikularinteressen genutzt, insbesondere von der Medien-, Finanz- und Immobilienwirtschaft. Mit den gleichen Methoden wurde und wird noch immer auf Basis dieser Bevölkerungsprognosen u.a. auch Prognosen zum Wohnungsbedarf, Kinderbetreuungsbedarf, Lehrerbedarf oder zur Schulentwicklung getroffen. Auch dazu nachfolgend kurz einige Beispiele.

Jeder braucht eine Wohnung, Kommunen müssen Kindertagesstätten und Schulen vorhalten. Wenn die Prognosen keinen oder einen nur geringen Bedarf verkünden, aber der Bedarf tatsächlich ansteigt, kommt es zu einer Verknappung, neue Märkte entstehen und die Preise explodieren also auch die Gewinne. In dieser prekären Notlage können dann mit langer Hand vorbereitet Maßnahmen und Regel zum eigenen Vorteil leicht durchgesetzt werden. Durch das zyklische Verhalten des Systems von Babyboom zu Pillenknick „löst" sich dann das Problem meist selber. Das rechtfertigt im Nachhinein diese Maßnahmen und Regel, die ja gar nicht zur Problemlösung beigetragen haben, und die Brandstifter werden als Retter gefeiert.

Alters-Lawine nicht zu stoppen

Bis zum Jahr 2020: Jugend im Kreis auf radikalem Rückgang / Explosion bei den Senioren

Pinneberger Tageblatt vom 29.9.2005

Pinneberg. Der Bau von weiteren Alters- und Pflegeheimen statt Kindergärten und Schulen – so könnte die Entwicklung in den kommenden Jahren für den Kreis Pinneberg aussehen. Andreas Köhler, Leiter des Kreis-Referats Regionalmanagement und Europa, sowie seine beiden Kollegen Tobias Kuckuck und Christoph Adam stellten im Wirtschaftsausschuss ihre Erhebung über die voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur im Kreis Pinneberg vor.

„Wir müssen diese Zahlen unterer anderem beim Schulbau-Programm und der Kindergarten-Planung berücksichtigen", sagte der Christdemokrat. Selbst Rückbauten seien nicht mehr auszuschließen. Sonst könnte es passieren, dass bald viele Räume leer stünden.

Poethke sieht sogar einige Schulstandorte in großer Gefahr.

Noch vor wenigen Jahren behauptete die Bertelsmannstiftung im Zuge ihrer politischen Kampagne zum „demographischen Wandel", dass wir wegen dem „*Rückgang der Geburtenrate*" auch weniger Kindergärten, Schulen und Lehrer brauchen. Jetzt warnt die Bertelsmannstiftung, dass das Land auf den Schülerboom nicht vorbereitet ist. „*Lehrer für eine Millionen zusätzliche Schüler gesucht.*" (SN vom 13.07.2017). Auf Grundlage der Bevölkerungsprognosen errechnete die KMK 2003 noch einen Lehrerüberhang („*ist für die übrigen Lehrämter (Sek I) ein mehr oder weniger deutlicher Überschuss des Einstellungsbedarfs zu erwarten.*") und empfahl die Lehrerausbildung insbesondere in den neuen Bundesländern deutlich zurück zu

fahren. Das Kultusministerium in Niedersachsen erklärte 2007: „*Der Demographische Wandel hat erhebliche haushaltswirksame Auswirkungen auf den Bedarf an Lehrkräften. Nach Berechnungen auf der Basis der geltenden Rahmenbedingungen führt dies zu einem geringeren Lehrkräftebedarf zwischen 7.900 und 9.200 Lehrerinnen und Lehrern.*“ In den anderen Bundesländern sieht das nicht viel anders aus. Die Propheten des „demografischen Wandels“ predigten: „wir werden älter, bunter, weniger“. Kindergärten sollten zu Altenheimen umgebaut werden. Richtig informiert hätten rechtzeitig kostengünstig Kindertagesstätten und Schulen gebaut sowie ausreichend Pflegepersonen und Lehrer ausgebildet werden können. Wenn hier die Nachfrage über das Angebot steigt, werden die Kommunen erpressbar. Und sie werden erpresst: der Bau einer Kindertagesstätte kostet heute pro Gruppe in „prosperierenden Regionen“ bis zu einer Millionen Euro (etwa 500% über dem „Warenwert“). Werden nicht rechtzeitig genug Lehrer und Pflegekräfte ausgebildet oder finden sich keine Bundeswehrsoldaten, brauchen Bund und Länder auch keine Gehälter zahlen, aber die Arbeit muss und wird trotzdem selbstausbeutend geleistet. Diese „Bildungslücke“ oder der „Pflegenotstand“ wird nun vom Bertelsmannkonzern, google, SAP und der Medien- und IT-Branche mit neuen „innovativen“ Produkten gefüllt.

Auch die prekäre Lage der einkommensschwachen Bevölkerung und mittlerweile selbst des Mittelstandes am aktuellen Wohnungsmarkt hat seinen Ursprung u.a. in den auf Basis der Bevölkerungsprognosen und mit den gleichen Methoden daraus ermittelten Wohnungsbedarfsprognosen.

Neue-OZ vom 26.7.2003

Studie: Osnabrück braucht keine neue Bauflächen

... Die Nachfrage nach Wohnungen wird in Osnabrück in den kommenden stagnieren. Das geht aus einer aktuellen Prognose für Niedersachsen von 2007 bis 2015 hervor, die die Landestreuhandstelle für das Wohnungswesen jetzt vorgelegt hat. Demnach wird es in der Stadt Osnabrück bis 2015 „keine zusätzlichen Nachfrage-Potenziale geben“.

Vor wenigen Jahren verkündeten fast alle Wohnungsmarktexperten, wissenschaftlichen Institute, Fach- und Planungsbüros, es gäbe mehr als genug Wohnraum und die darbende Immobilienwirtschaft bräuchte nun dringend Unterstützung auf dem schwierigen Wohnungsmarkt. Dem massiven Leerstand sollte durch Rückbau begegnet werden. Auf dem Lande sollte die Siedlungs-entwicklung ganz eingestellt werden und die sog. Randlagen aktiv abgewickelt

werden[4]. Um die Jahrtausendwende wurden tausende Wohnungen abgebrochen (mit Fördermitteln), auch in den großen Städten. Statistisch wurden diese Abgänge meist gar nicht oder offiziell in der falschen Klasse erfasst. Nach einem Vierteljahrhundert Wohnungsbestandsfortschreibung flog das erst mit dem Zensus im Mai 2011 auf. Moderiert und angeleitet folgten viele Landkreise, Städte und Gemeinden diesen Empfehlungen, stellten ihre Siedlungsentwicklung ein und versuchten ihren Wohnungsbestand zu reduzieren. Fundamentale Kritik an diesem Vorgehen und der Annahmen dieser Wohnungsbedarfsprognosen gab es schon zuvor und war den „Fachleuten" durchaus bekannt. Die Verantwortlichen in den Kommunen kannten i.d.R. aber nur das, was ihnen aufgetischt wurde (s.o.) bzw. ihnen die übergeordneten Stellen vorgaben (s.u.).

Die N-Bank (die Förderbank des Landes Niedersachsen) kam noch 2011 zu dem Schluss[5]: „*Trotz sehr zurückhaltender Bautätigkeit in den vergangenen Jahren ist ein Wohnungsmangel nicht zu befürchten.*" Die Bevölkerungs- und Wohnungsbedarfsprognose der N-Bank wurde vom ehemaligen NIW[6] durchgeführt und war normgebende Grund- und Vorlage für die Landesplanung und die Raumordnung der Landkreise.

Eines der „etablierten" Fachbüros (die gewos) erklärte der Stadt Quickborn vor den Toren Hamburgs aufgrund ihrer eigenen Bevölkerungs- und Wohnungsbedarfsprognosen im Jahr 2010: „*Derzeit besteht in Quickborn ein ausgeglichener Wohnungsmarkt.*" Die „Experten" ermittelten nur noch einen verschwindend geringen Neubaubedarf (Ersatz), machten aber umfangreiche Empfehlungen, wie die Stadt der darbenden Immobilienwirtschaft helfen kann. Tatsächlich stiegen hier die Wohnungsfertigstellungen danach binnen weniger Jahre um das Fünffache an. Durch ungesteuerte Zuwanderungen entstand im Bereich der Kinderbetreuung und

4 „*Aus finanziellen aber auch aus ökologischen Gründen ist es nicht sinnvoll, in stark schrumpfenden, dünn besiedelten Regionen weiterhin flächendeckend die heute übliche Infrastruktur zu erhalten oder sogar durch Neuinvestitionen den Glauben zu vermitteln, man könne die demografische Entwicklung umkehren. Kommunalplaner wie auch private Investoren sollten deshalb darauf achten, welche Dörfer und Siedlungen zukunftsfähig sind und welchen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Niedergang bevorsteht. Dafür müssen die Planer wissen, welche Infrastruktur bei welchen Einwohnerzahlen erforderlich ist, um ungerechtfertigt hohe Kosten zu vermeiden. Damit künftig auf der einen Seite Schulen, Leitungssysteme und Dienstleistungsangebote überhaupt ausgelastet, auf der anderen Seite aber Mittel eingespart werden können, sollte in bestimmen Regionen die Landflucht sogar gefördert werden. Denn weniger Menschen in Deutschland werden in Zukunft auch in weniger Orten leben.*" Quelle: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung: Die demografische Lage der Nation. Berlin März 2011. Einige der aktiv zu entvölkernden ländlichen Regionen im Osten Deutschlands haben heute besonders hohe Wanderungsgewinne zu verzeichnen.

5 N-Bank Hrsg.: Heft 20 Wohnungsmarktbeobachtung 2010/2011: Integrierte Entwicklung von Wohnstandorten und Regionen – Perspektive 2030

6 Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. 2016 in das CWS aufgegangen. Angegliedert an die Uni Hannover.

insbesondere Schulen eine Bedarfsspitze, die mit den noch vorhandenen und aufgrund der Empfehlungen dieses Büros rückgebauten Kapazitäten nicht mehr abgedeckt werden konnte. Das hat die ARD allerdings nicht davon abgehalten, diesem Büro in der tagesschau die Gelegenheit zu geben, Banalitäten zum Wohnungsmarkt von sich zu geben und somit in allerbester Sendezeit unbezahlt Werbung für sich zu machen.

Baugebiete überflüssig

HNA vom 25.10.2004

NORTHEIM. „Es ist riskant, ja gemeingefährlich, wenn in Northeim neue Baugebiete ausgewiesen würden, ohne zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen", kommentierte Uwe Tovote vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung an der Universität Hannover (IES) die aktuelle Bevölkerungsentwicklung in Northeim.

Da die geburtenstarken Gemeinden im Oldenburger Münsterland über einen hohen Anteil an Eigenheimen verfügen (Abweichung vom Durchschnittswert), wurde daraus gefolgert, dass hier kein Eigenheim- bzw. Baulandbedarf vorliegt. ZEIT vom 19.06.2017 „*IW-Studie. Auf dem Land werden zu viele Wohnungen gebaut.*“ Nach dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) waren es selbst im Oldenburger Münsterland mit der (noch) höchsten Geburtenhäufigkeit in Deutschland zu viele Ein- und Zweifamilienhäuser. Das IW empfiehlt den baldigen Rückbau. Derzeit kehren die Kinder der Babyboomer zur Familiengründung und zum Eigenheimbau bzw. Eigenheimerwerb zurück. Folge: Gemeinden mit einem entsprechenden Baulandangebot, dass nach den Prognosen für das nächste Jahrzehnt hätte reichen sollen, werden überrannt, während Nachbargemeinden sich noch immer im Suizidalmodus des amtlichen „demographischen Wandels“ selbst abwickeln.

Wenn aber weit mehr Wohnungen nachgefragt als angeboten werden, richten sich die Preise an dem, der am meisten zahlen kann. Bei den damaligen Wohnungsbedarfsprognosen handelt es sich um eine arglistige Täuschung, um so die derzeit exorbitant hohen Immobiliengewinne generieren zu können. Um diese Gewinne zu stabilisieren und damit noch weitere daran partizipieren können, gibt es jetzt Förderprogramme für den Wohnungsbau und unwirksame Preisbremsen. Damit u.a. die Investoren und Bauträger an die Fördermittel kommen, müssen die Kommunen Wohnraumversorgungskonzepte u.ä. vorlegen, die ihnen einen „dringenden Wohnungsbedarf“ attestieren. Die inhaltlichen Anforderungen dieser sehr einfach gehaltenen Konzepte sind so formuliert, dass die tatsächlichen Wirkungszusammenhänge, Marktverhältnisse und Vorteilsnehmer nicht genannt werden. Mit dieser oberflächlichen Betrachtungsweise kann auch nicht erkannt

werden, wie die Fördermaßnahmen dann tatsächlich wirken und wer davon profitiert. Die Kunst diese Konzepte fabulieren zu können, ist zum Berufsverständnis und Leistungsmaßstab geworden, der dann auch mit Aufträgen entsprechend üppig honoriert wird. (Alles was gemacht werden muss, kostet dank der von Lobbyisten generierten HOAI extra. Freiwillige Leistungen werden nur nach dem vermuteten Nutzen honoriert, wenn überhaupt.)

Es geht aber auch noch schlichter. Werfen wir noch einen Blick auf die Schülerprognosen. Fast immer wird hier von Geburten auf die Zahl der Grundschüler geschlossen. Hier ist tatsächlich von Geburten die Rede, also einem Vorgang. Gemeint sind die Kinder, die in diesem Jahr geboren und dann in der Gemeinde melderechtlich erfasst wurden. Dann wird davon ausgegangen, dass sie sechs Jahre später eingeschult werden. Zu- und Fortzüge werden nicht berücksichtigt. Gelegentlich erfolgen Aufschläge, wenn Neubaugebiete geplant sind ohne Berücksichtigung der Veränderung in den Herkunftsgebieten. Es liegen so aber nur Daten für sechs Geburtsjahrgänge bis zur Einschulung vor. Hier werden die Prognosen der statischen Ämter oder die der Bertelsmannstiftung adaptiert. Die einen sind staats-amtlich und die anderen stiftungs-heilig. Diese „Geburten“ werden dann auf die Orts- oder Stadtteile verteilt. Der Verteilungsschlüssel wird nach dem gewünschten Ergebnis gewählt. Im Gutachten zum Schulentwicklungsplan der Stadt Porta Westfalica vom Büro Dr.Garbe (Gütersloh 2014) lesen wir: „*Für die Erstellung einer langfristigen Prognose bis einschließlich Schuljahr 2023/24 haben wir uns der Prognose des IT NRW für die jeweils relevante Altersklasse bedient. ... Bei der Untersuchung des historischen Einschulungsverhaltens sind wir wie folgt vorgegangen: ... Ermittlung der Kennziffern „gewichteter Durchschnitt“ sowie „linearer Durchschnitt“ für jede Grundschule auf Grundlage der unter (2) ermittelten Daten je Einschulungsjahrgang*“. Übersetzt: Die übernommene Zahl der Kinder aus den Prognosen wird so auf die Grundschulen verteilt, wie dies auch bislang der Fall war. Nah, hoffentlich gibt es in diesen Dörfern auch Frauen, die diese Kinder gebären werden, sonst müssen die alten Männer ran. Auch diese promovierten Gutachter machen Aufschläge bei Geburten, wenn Neubaugebiete geplant sind. Dann übernehmen halt die Wohneinheiten das Kindergebären. Gegenüber der Idiotie ist die Vernunft machtlos. Verwaltungsrechtlich sollte das aber nicht ganz so locker gesehen werden (Stichwort: Verletzung der Sorgfaltspflicht). Aber das ist nur ein Beispiel von Hunderten oder gar Tausenden. Die Kultusministerien geben dies als Handreichungen oder als sogar als Verordnung vor. Die Willkür und die Realitätsferne dieses Vorgehens ermöglicht sehr leicht zu manipulieren. In der Regel läuft das wie folgt ab: Die Verwaltung kommt, aus welchen Gründen auch immer, zum Schluss eine Schule muss erweitert, umgebaut oder geschlossen werden.

Letzteres kommt am häufigsten vor. Gibt es Widerstand durch die Kommunalpolitik und/oder der Eltern oder wird dies vermutet, wird externer „Sachverstand“ eingeholt. Dazu gibt es ein Vorgespräch mit einem der „anerkannten Fachbüros“ oder „Experten“, bei dem die Verwaltung dem Gutachter das gewünschte Ergebnis zunächst mündlich mitteilt. Die Leistung des beauftragten Büros liegt dann in der Virtuosität dieses Ergebnis zu generieren, ohne dass die Täuschung auffliegt. Das vereinbarte Honorar erfordert häufig eine Ausschreibung. Viele der öffentlichen Ausschreibungen in diesem Aufgabenbereich sind allerdings reine Farce und kaum mehr als die Protokolle dieser Vorgespräche. Gelegentlich sind ihre Spuren noch in den Tiefen der Word-Dokumente zu finden (daher gibt es hier noch immer so viel auf Papier). Methodische Fragen werden gar nicht erörtert. Bei Fragen zum Kinderbetreuungsbedarf wird ähnlich verfahren. Hier wirkt sich noch ein weiterer schwerer Fehler dieses Vorgehens negativ aus. Da die Prognosen die tatsächlichen Wirkungszusammenhänge gar nicht darstellen, treibt der Wohnungsbau und die Siedlungsentwicklung den Kinderbetreuungsbedarf vor sich her. D.h. die Stadtplaner mit ihrer selbst ernannten Querschnittsorientierung degradieren die Mitarbeiter in den Jugend- und Schulämtern zu Weisungsempfängern. Je größer die Verwaltung und je arbeitsteiliger sie strukturiert ist, desto heftiger eskaliert der hausinterne Streit. Aufgabe wäre es aber, die Wohnraum- und die Gemeinbedarfsentwicklung aufeinander abzustimmen. Dazu müsste man aber erstmal diesen Zusammenhang und diese Möglichkeit erkennen können. Die Verwaltungen erarbeiten den Kinderbetreuungsbedarf oder Schulentwicklung selber oder sie beauftragen „anerkannte Fachbüros“ und „Experten“ damit. Politiker beraten und beschließen das dann, meist einstimmig. Es sind also viele Personen daran beteiligt. Noch einmal damit es klar wird: Die praktizierte Willkür und die Realitätsferne der Methoden der statischen Ämter, privaten Stiftungen, Landesbehörden, gemeinnützige Institute und Vereine mit ihren verbeamteten Professoren in der Geschäftsführung, das organisierte Beratertum, die (a)sozialen Medien usw. schaffen erst dieses Milieu, in dem die organisierte arglistige Täuschung zum ganz normalen Alltag wird.

In der deutschen hierarchisch abgestuften Planung wird auf Landesebene auf Basis der normativ wirkenden amtlichen Prognosen Ziele und Maßnahmen festgelegt[7]. Die nachgeordneten Planungen müssen daraus abgeleitet werden. Damit die nachgeordneten Landkreise und nachfolgend Städte und Gemeinden ihre eigenen Planungen genehmigt bekommen, bestätigen Sie diese Aussagen. Sie werden so gut wie nie hinterfragt. Planungsbüros kommen sonst auch nicht an ihr Honorar und

7 Meist läuft es umgekehrt ab. Erst legt der Sachbearbeiter die Ziele fest, d.h. copy&paste vom LEP oder BBSR. Dann wird erklärt, was damit gemeint wird und erst nachfolgend werden Statistiken usw. gesucht, die das dann alternativlos machen.

Verwaltungsangestellte handeln sich sonst eine Menge leicht vermeidbaren Ärger ein. Auf sich selbst verweisend nennt sich dies autoreferenziell. Ein Lernprozess ist so nicht möglich. Auf Seite 14 des Entwurfes zum Raumordnungsprogramm des Landkreises Verden war 2013 zu lesen: „*Erst im Jahr 2010 ist wieder ein positiver (Bevölkerungs-)Saldo festzustellen... Dabei handelt es sich jedoch um eine Momentaufnahme. Eine Trendwende ist damit nicht verbunden, wie die Bevölkerungsprognosen zeigen.*“ In den maßstäblich falschen Grafiken des Entwurfes zum Raumordnungsprogramm mit ihren willkürlich ausgewählten Zeitabschnitten u.a. zu den Bevölkerungsbewegungen hat die zuständige Raumplanerin eine frei erfundene Linie eingezeichnet, die dann diese offensichtlich politisch intendierte Interpretation propagandistisch untermauert. Mathematisch-statistisch handelte es sich dabei um eine eklatante Fälschung. Unterstützung findet die Durchsetzung der übergeordneten Planung dann in diversen Fortbildungsveranstaltungen. Was als offene Erörterung angekündigt wird, ist tatsächlich eine Belehrung und die Möglichkeit Kritiker oder „Querulanten“ identifizieren und nachfolgend sanktionieren zu können (u.a. keine Planungsaufträge oder Beteiligung an Ausschreibungen). Auch hier werden gegenteilige Meinungsäußerungen sorgfältig vermieden. Wie in jeder geschlossenen Gruppe sind die Teilnehmer auch hier „Victims of Groupthink”**,** Gefangene eines gemeinsamen Denkens. Einige sind sich dessen sehr wohl bewusst. Nachdem ich umfangreich u.a. die demographischen Prozesse und ihre Steuerungsmöglichkeiten im Landkreis Rotenburg beschrieben hatte, erklärt die zuständige Raumplanerin mir und dem Auditorium, dass sie das alles nicht im allergeringsten interessieren würde. Ihre Aufgabe wäre es, für die Durchsetzung der Ziele, Vorgaben und Maßnahmen der Landesplanung und Raumordnung zu sorgen, d.h. zu kontrollieren und zu überwachen.

Mit der Zunahme an Informationen schwindet das Wissen. Dazu abschließend ein typisches Beispiel aus dem Alltag: Vor kurzem fragte eine größere Stadt an der Unterelbe an, ob ich ihnen Folgekosten ermitteln könnte. Sie planten ein Neubaugebiet und wollten wissen, wie hoch die Folgekosten für die Kinderbetreuung usw. sind, da dort viel junge Familien einziehen werden. Sie wollten *ein* Ergebnis in Euro und Cent, mehr interessierte sie nicht. Ich erklärte ihnen, dass ich mit meiner Kenntnis und Methoden den Realisierungsprozess optimieren könnte, um so die Folgelasten mindestens deutlich zu reduzieren, möglichst ganz zu vermeiden und im besten Fall sogar in einen Gewinn für alle Beteiligten umkehren kann. Das wollten die aber gar nicht hören. Sie haben dann einen Professor gefunden, der ihnen Aufgrund seines „umfangreichen statistischen Datenbestandes“ genau gesagt hat, was es kostet, wenn sie das „Auto an die Wand fahren“. Diese Folgekosten wurden

dann dem Investor auferlegt und der wird sie an die hausbauenden jungen Familien durchreichen. „*Familienfreundlich, lebendig und innovativ präsentiert sich unsere Stadt ...*“ verkündet der Bürgermeister auf der Homepage seiner Stadt. Daneben der facebook Button zum „gefällt mir klicken“.

Fehlende Kita-Plätze, Schulen, Lehrer, Pflegepersonal, Wohnraum usw., selbst die rottenden Straßen, Hochschulen und die Bahn, sogar die „Flüchtlingskrise“ resultieren aus den fatalen Prognosen mit ihren dilettantisch zusammengebastelten Modellen.[8] Davon profitieren vor allem die ohnehin großen Unternehmen und Monopolisten, insbesondere der Finanz-, Immobilien-, Medien- und IT-Branche und die Demokratie leidet. Stellt sich noch die Frage, haben die Prognostiker vorsätzlich gehandelt bzw. wurden sie von denen angeleitet oder haben sie mal wieder keine Ahnung, wovon sie da reden? Und sind die Profiteure doch nur Trittbrettfahrer und Leichenfledderer? Jede Verschwörungstheorie birgt ein Moment der Hoffnung. Sie geht davon aus, dass Personen aktiv den Prozess gestalten können. Dagegen möchte jeder Unternehmer oder jeder Manager der großen Unternehmen der Wachstumsbranchen glauben, dass sein Erfolg auf seiner eigenen Fähigkeit oder Genialität beruht. Von den zehntausend misslungenen Versuchen war aber nur einer erfolgreich. Das ist kein Können, sondern einfach nur Zufall. Große Kunst ist es, Krisen zu bewältigen. Dazu müsste man aber wissen, wie das System funktioniert.

Es geht auch anders. Wie die modernen technologischen Fähigkeiten und die umfangreiche Datenbasis demokratisch zur Gestaltung der Zukunft nutzbringend eingesetzt werden kann, wird im nachfolgenden Kapitel kurz skizziert.

8 siehe auch:
https://www.kramergutachten.de/GEM/Kramer_Ermittlungen-zum-Gemeinbedarf.pdf
https://www.kramergutachten.de/GEM/Kramer_Anmerkungen-zum-Wohnungsbedarf.pdf
https://www.kramergutachten.de/GEM/Kramer_Anmerkungen-zum-Wohnungsbedarf-Alte.pdf

Wenn sich wiederholende Phänomene über einen sehr langen Zeitraum und an verschiedenen Standorten beobachten lassen, können die Regeln, nach denen diese ablaufen, beschrieben werden. Diese beobachteten Phänomene können dann in mathematische Regeln, den so genannten Algorithmen, gefasst werden (sog. KI). Damit kann dann die weitere Entwicklung prognostiziert werden. Im Falle der Bevölkerung einer Stadt oder Gemeinde lassen sich aber keine stetigen, sich an allen Standorten wiederholende Phänomene beobachten. Kennzeichen einer jeden Bevölkerungsentwicklung ist ihre Komplexität und die daraus resultierende zeitliche Dynamik. Daher müssen in diesem Fall die Wirkungszusammenhänge und die ablaufenden Prozesse untersucht und beschrieben werden. Daraus ist dann ein Modell zu entwickeln, mit dem die weitere Entwicklung abgeschätzt werden kann.

Ein anpassungsfähiges komplexes System ist ein offenes System, das aus zahlreichen Einzelelementen besteht, die nicht linear durch Wechselwirkungen miteinander verbunden sind und eine einzige, organisierte und dynamische Einheit bilden, die fähig ist, sich zu entwickeln und an die Umwelt anzupassen. Nicht linear bedeutet, dass, auch wenn sich der Input regelmäßig verändert, der Output sich unregelmäßig und nicht proportional zur Veränderung des Input verhalten kann. In einem komplexen System sind die Beziehungen zwischen den Elementen wichtiger als die Natur der Elemente selber. Bei komplexen Systemen (mit nicht linearen Zusammenhängen, Speichereffekten, Rückkoppelungen usw.), wie dem der Bevölkerungsentwicklung (und nachfolgend der Wohnraum, Infrastruktur, Personal usw.), ist eine Einschätzung der möglichen Entwicklungen nur mit Hilfe eines verhaltenserklärenden, strukturgültigen, computerisierten Simulationsmodells möglich.

Ausgang für jede Simulation ist die Formulierung eines Modells der zu betrachtenden Wirklichkeit. Diese Modelle werden zunächst nur verbal umschrieben, dann in mathematische Regeln gefasst und in eine Programmiersprache übersetzt. Anschließend wird die Gültigkeit des Modells anhand der bisherigen Entwicklung überprüft.

Um eine realistische Beschreibung des wahrscheinlichen Systemverhaltens zu bekommen, müssen auch über die externen Einflüsse oder internen

Strukturverschiebungen Annahmen gemacht werden. Diese Annahmen betreffen die Art, den Zeitpunkt (oder die zeitliche Verteilung) und die Stärke von äußeren Einwirkungen oder Ereignissen. Im Allgemeinen wird es sich um eine Vielzahl von möglichen Einflüssen handeln, die zunächst in beliebiger Kombination eintreten können. Die vollständige Untersuchung beliebiger Kombinationen ist offensichtlich aussichtslos. In der Praxis der Bedarfs- und Folgenabschätzung wird die Vielfalt der möglichen Kombinationen externer Einwirkungen in Szenarien zusammengefasst. Ein Szenario steht dabei unter einer bestimmten Leitidee, an der sich die Auswahl der Art und Stärke der äußeren Einwirkungen orientiert. Diese Leitidee bestimmt die Grundzüge der externen Entwicklung und wird benutzt, um einen im Rahmen dieser Grundannahmen plausiblen und in sich konsistenten Satz von externen Parametern abzuleiten. Die Annahmen des Szenarios sollten relativ bruchlos an die historische Entwicklung anknüpfen.

Mit der strukturgetreuen Beschreibung des Systems, den Daten für seinen Anfangszustand und der Vorgabe externer Einwirkungen über den interessierenden Zeitraum in Form von Szenarien ist es im Prinzip möglich, die zu erwartende Entwicklung zu beschreiben. Bei komplexen Systemen, wie dem der Bevölkerungsentwicklung, ist die Ableitung der zu erwartenden Entwicklung in Anwendung eines computerisierten Simulationsmodells möglich. Dies ermöglicht auch die Wirkung externer Eingriffe auf das System abschätzen zu können, seien sie nun gewollt (Planung) oder ungewollt (Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen, Epidemien usw.).

Schon während des Studiums der Stadt- und Landschaftsplanung und bei meiner Arbeit im Bereich der Umweltsystemanalyse bzw. Ökosystemforschung hatte ich Ende der 1980er Jahre ein Computerprogramm entwickelt, mit dem die Bevölkerungs- und die Wohnungsbestandsentwicklung einer Stadt oder Gemeinde kleinräumig und in kleinen Zeitschritten für einen längeren Zeitraum simuliert werden kann. Es war von Beginn an weitaus komplexer als alles was zu diesem Zeitpunkt „auf dem Markt war“, da es u.a. den ganz wesentlichen Einflussfaktor Wohnen berücksichtigte. Das Simulationsprogramm wurde auf Basis einer geläufigen, allgemein einsetzbaren Programmiersprache entwickelt. Diese flexibel einsetzbare Programmiersprache ermöglicht es erst, das Simulationsprogramm ohne Einschränkungen ganz nach den Anforderungen des Modells entwickeln zu können (Tabellenprogramme sind dazu völlig ungeeignet). Der Programmieraufwand und der damit verbundene Entwicklungs- und Evaluierungsaufwand ist sehr umfangreich (pro Lauf etliche Millionen Rechenvorgänge). Das Simulationsprogramm wird seit Jahren

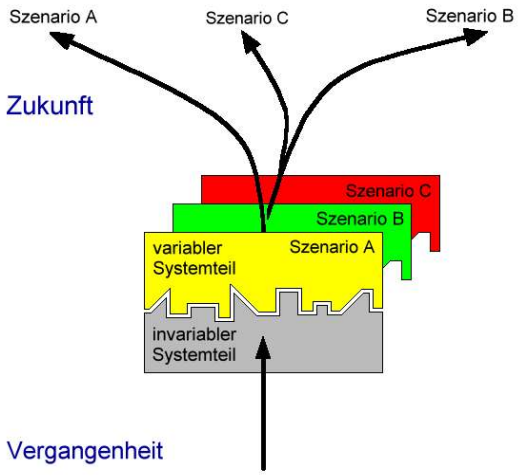
fortwährend verifiziert und weiterentwickelt. Seit Mitte der 1990er Jahre wurden etwa 70 Städte und Gemeinden insbesondere in Norddeutschland und rund 100 Gutachten mit Hilfe dieser Methode und dieses Instrumentes bearbeitet (dokumentiert auf über 30.000 Seiten). Setzt die Kommune eines der dargestellten Szenarien um, gibt es nach 10 bis 15 Jahre keine Abweichung von den berechneten Werten, d.h. es ist das derzeit genaueste Simulationsmodells auf diesem Gebiet. Allerdings wird dies gar nicht angestrebt (Operation gelungen, Patient tot). Entscheidend ist, dass die Verantwortlichen ihre Lage, die Handlungsmöglichkeiten und die Folgen kennen und daraus dann ihre Schlüsse ziehen. Das führte dann immer wieder zu geänderten Strategien, um die in den Szenarien dargestellte Entwicklung bzw. deren ungewollten Folgen zu verhindern. Gerade dann war die (meine) Arbeit erfolgreich.

Mein Arbeitsgegenstand sind Städte und Gemeinden. Die Systemanalyse und Computersimulation kann aber vielfältig eingesetzt werden (u.a. zur Personalplanung, Marktentwicklung). Computersimulationen sind auch kein Selbstzweck. Um das Entwicklungspotential einer Stadt oder Gemeinde erfolgreich, effizient und nachhaltig nutzen zu können, muss dieses erst einmal erkannt und dann in einer abgestimmte, fachübergreifende Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung operativ umgesetzt werden. Die Simulation und Szenarien sind Werkzeuge der Stadt- und Gemeindeentwicklung.

Um die Entwicklungsmöglichkeiten für eine Kommune erkennen und nutzen zu können, müssen die Wirkungszusammenhänge und die ablaufenden Prozesse in der Kommune und in ihrem Umfeld bekannt sein und berücksichtigt werden. Erst so werden die Gestaltungsmöglichkeiten und deren Folgen auf die weitere Entwicklung ersichtlich. Die Folgen reichen von der Kinderbetreuung, der Schulentwicklung, der technischen Infrastruktur, der Entwicklung von Wohnraum, Handel, Handwerk und Gewerbe bis hin zum Friedhofsflächenbedarf. Das hat dann wiederum Einfluss auf die Entwicklungsmöglichkeiten.

Bei komplexen, dynamischen Systemen, wie dem der Bevölkerung einer Kommune, ist eine Einschätzung der möglichen Entwicklungen mit Hilfe des verhaltens-erklärenden, strukturgültigen, computerisierten Simulationsmodells möglich. Die Bevölkerungsentwicklung wird zudem insbesondere durch die Bauland- und Wohnungsbaupolitik und durch weitere Maßnahmen der Kommunen beeinflusst und kann damit auch gesteuert werden. Um die Vielzahl der sich zudem häufig widersprechenden Entscheidungen und Maßnahmen erkennen und operativ nutzen

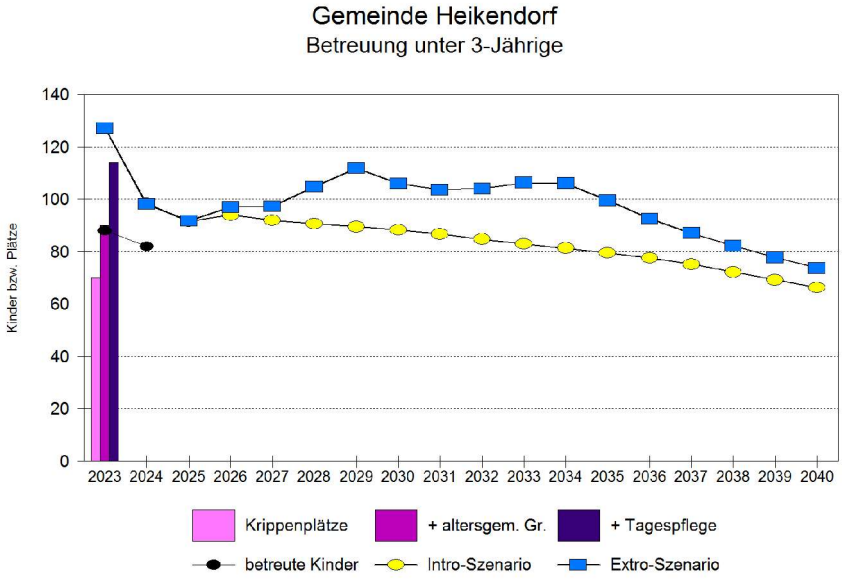
zu können, werden zur Bestimmung der Wohnraum- und Wohnbaulandnachfrage sowie der Bevölkerungs- und Gemeinbedarfsentwicklung verschiedene Szenarien erarbeitet. Die Szenarien beschreiben dann i.d.R. die grundlegenden Handlungsmöglichkeiten bzw. Handlungskonzepte. Erst damit kann die Computersimulation der Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung und die Folgenabschätzung durchgeführt werden.



Diese Vorgehensweise bietet noch weitere Vorteile. Die Simulation der Bevölkerungs- und Wohnungsbestandsentwicklung ermöglicht eine zeitliche und räumliche Abstimmung der Baulandausweisung mit den Aufnahmekapazitäten der Gemeinbedarfseinrichtungen. Bei einem unabwendbaren Bevölkerungsrückgang werden auf dieser Grundlage Strategien und Maßnahmen zur Konsolidierung entwickelt. Bestehen die Möglichkeiten für ein Bevölkerungswachstum, werden Strategien und Maßnahmen entwickelt, die ein Wachstum unter optimaler Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen gewährleisten. Die Computersimulation ermöglicht es, das Wohnraum- und Baulandnachfragepotential am jeweiligen Standort einzugrenzen. Außerdem wird auf Grundlage der Situationsanalyse die Nachfragestruktur nach Wohnraum und Bauland der zuziehenden bzw. anzuwerbenden Bevölkerung bestimmt. Zur Neuaufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Flächennutzungsplanes werden wesentliche Grundlagen erarbeitet. Mit Hilfe der Computersimulation werden Veränderungsprozesse identifiziert, die möglicherweise erst mittel- oder langfristig virulent werden. Probleme werden so frühzeitig erkannt, Handlungsschwerpunkte können gesetzt und rechtzeitig geeignete

Maßnahmen eingeleitet werden. Allen Gruppen, Bürgerinnen und Bürgern werden die demographischen Veränderungen in ihrer eigenen Gemeinde aufgezeigt. Erst so werden die Voraussetzungen für nachhaltige Problemlösungen geschaffen, einschließlich der Haushaltskonsolidierung. Meine Arbeit verstehe ich als ein Beitrag zur Stadt- bzw. Gemeindeentwicklung, es sollen keine Vorgaben getroffen werden. Für mich ist entscheidend, dass die Akteure möglichst alle Handlungsmöglichkeiten und deren Konsequenzen kennen. Ziel ist es, eine möglichst breite und fundierte Informationsbasis zu schaffen, auf der dann die Verantwortlichen eine qualifizierte Entscheidung über die Zukunft ihrer Kommune treffen können. Bei meinen Arbeiten werden stets die Handlungsmöglichkeiten und die daraus resultierenden Konsequenzen aufgezeigt.

Die Bearbeitung lässt sich grob in mehrere Arbeitsschritte unterteilen. In einer umfassenden systemwissenschaftlichen **Analyse** wird zunächst die Bevölkerungs-, Beschäftigungs und Wohnungsbestandsentwicklung in der Stadt bzw. Gemeinde im wirkungsrelevanten Umfeld untersucht, einschließlich potentieller Einflussfaktoren. Ziel dieser Analyse ist es, die ablaufenden Entwicklungsprozesse und die aktuelle Ausgangslage zu erfassen. Dazu wird auch die bisherige jüngere Entwicklung mit Hilfe des Computersimulationsprogramms rekonstruiert. Das ermöglicht dann auch die Verifizierung des Modells. Dabei gelten nur die externen Eingriffe in das System als variabel. Außerdem ist zu klären, wie sich die Kommune gegenwärtig im näheren Umfeld positioniert, welche Besonderheiten vorliegen und zu beachten sind. Ebenso werden die Veränderungsprozesse innerhalb der Stadt bzw. Gemeinde analysiert. Auf Basis der Situationsanalyse erfolgt eine Ermittlung der realistischen Entwicklungsmöglichkeiten der Kommune. Dabei ist auch zu klären, welche derzeitigen und zukünftigen Rahmenbedingungen vorliegen, die einen Einfluss auf die Entwicklungsmöglichkeiten nehmen. Zur Einschätzung der realistischen Entwicklungsmöglichkeiten ist die Entwicklung möglicher Konkurrenten von Bedeutung. Unter Berücksichtigung der Entwicklungsziele der Stadt bzw. Gemeinde werden hierauf aufbauend verschiedene **Szenarien** einer möglichen, realistischen Entwicklung formuliert. Sie umschreiben gleichzeitig die Handlungsoptionen. Zur Bestimmung der daraus resultierenden Bevölkerungs- und Wohnungsbestands-entwicklung erfolgte eine **Computersimulation** kleinräumig und in kleinen Zeitschritten für die nächsten 15 bis 20 Jahre. Die Kleinräumigkeit ist zwingend erforderlich, um die Segregation und u.a. deren demographische Folgen erfassen zu können sowie aufgrund des Simpson-Paradoxon. Damit wird eine genaue **Folgenabschätzung** möglich.



Die Folgenabschätzung konzentriert sich i.d.R. zunächst auf die Handlungsfelder und insbesondere auf die Pflichtaufgaben einer Kommune, also Kinderbetreuung (Krippe, Kindergarten, Hort), allgemein bildende Schulen sowie Spiel und Sport, Altenpflege und Bestattung. Hier wird der Bedarf nach Art, Umfang und Zeitpunkt bestimmt. Es wird geklärt, ob zum Beispiel der Neubau oder die Erweiterung einer Einrichtung erforderlich wird, ob nur eine vorübergehende Bedarfsspitze abzufangen ist oder Einrichtungen zusammengelegt, ganz oder teilweise geschlossen werden können. Dazu gehört aber auch die fachübergreifende Abstimmung der Siedlungsentwicklung mit der Gemeinbedarfsentwicklung. Auch hier wird geklärt, welche derzeitigen und zukünftigen Rahmenbedingungen vorliegen, die einen Einfluss auf den Gemeinbedarf nehmen. Basierend auf dieser Informationsgrundlage werden Handlungsstrategien und u.a. mögliche Maßnahmen zur effizienteren Auslastung der vorhandenen oder geplanten Gemeinbedarfs-einrichtungen aufgezeigt. Auch hier werden stets alle Handlungsmöglichkeiten und die daraus resultierenden Konsequenzen aufgezeigt. Darüber hinaus werden neue Handlungsfelder identifiziert und konkretisiert, die derzeit in der Regel noch nicht Gegenstand kommunalen Handelns sind. Einige Forderungen auch gegenüber der Kommune, werden mit dem „demographischen Wandel“ begründet. Auch hier wird klar gestellt, ob dies im vorliegenden Fall überhaupt zutrifft und welche Intension hier vorliegt (siehe Einleitung). Die Systemanalyse und Computersimulation ist Stand der Technik. Jedes neue Flugzeug fliegt zuerst auf dem Computer. In der Stadt- und

Gemeindeentwicklung ist diese Technik aber noch immer die Ausnahme.

Text erstellt: Februar 2019

letzte Ergänzung: April 2025

Dipl.-Ing. Peter H. Kramer
Büro für angewandte Systemwissenschaften
in der Stadt- und Gemeindeentwicklung

31707 Bad Eilsen www.kramergutachten.de
Hermann-Löns-Str. 6 Tel. 05722 / 9548470